

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

12.000 Menschen aus Bremen und Niedersachsen bei Demo und Streik!

Der Bremer Marktplatz war voll: 12.000 Beschäftigte der Länder Niedersachsen und Bremen nahmen an der gemeinsamen zentralen Demoveranstaltung teil und verliehen damit der gewerkschaftlichen Einkommensforderung in der laufenden Runde Nachdruck.

Zuvor hatte der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring die Forderung der Gewerkschaften nach monatlich 50 Euro plus 3 % mehr Gehalt in den ersten beiden Tarifrunden als überzogen abgelehnt, aber kein Angebot unterbreitet.

Der eindruckvolle Protestzug startete in der Nähe des Bremer Bahnhofes und bewegte sich dann durch die

Fortsetzung auf Seite 2



AKTUELL: Landeshaushalt 2012 - Erste Forderungen eingebracht



Die Vorsitzende des Hauptpersonalrats (Steuer) beim Finanzministerium und stellvertretende DSTG Landesvorsitzende Veronika Deppe überreichte zusammen mit Markus Plachta (stellvertretender HPR Vorsitzender und Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der DSTG) am 02.03.2011 erste Forderungen für den Landeshaushalt 2012 an Finanzminister Möllring und Staatssekretärin Hermenau.

Die Kernforderungen sind:

- Stellenhebungen für die Laufbahngruppen 1 und 2 (zum Abbau des massiven Beförderungsstaus)
- zusätzliche Haushaltsstellen für beide Laufbahnen (um die permanenten Aufgabenzuwächse, wie z. B. aufgrund von Rentenbezugsmitteilungen und ELSTAM abzufedern)
- eine deutliche Erhöhung der jährlichen Einstellungszahlen für Nachwuchskräfte (analog der anstehenden Altersabgänge)

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Innenstadt zum Dienstsitz der Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert, der stellvertretenden Verhandlungsführerin für die Bundesländer und danach weiter zum Bremer Marktplatz. Nach den bisherigen zwei erfolglosen Tarifrunden warteten die Gewerkschaften auf ein konkretes Angebot der Arbeitgeber. Auf Transparenten und mit Sprechchören machten die Beschäftigten deutlich, dass sie nicht länger gewillt seien, die Weigerung der TdL, ein angemessenes Angebot auf den Tisch zu legen, hinzunehmen.



"Es ist höchste Zeit" für mehr Geld war von allen Rednern auf dem Bremer Marktplatz zu hören. "Der wirtschaftliche Aufschwung müsse sich auch für die Beschäftigten der Länder auszahlen; unsere Kolleginnen und Kollegen verdienen eine finanzielle Anerkennung ihrer hervorragenden Arbeit und dürfen nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden", sagte einer der Redner. Friedhelm Schäfer, Landesvorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes und der Tarifunion (NBB) bezeichnete die Forderung von 50 Euro als Sockel und darauf 3 % mehr für alle als fair und bezahlbar. "In Niedersachsen und auch in Bremen muss es ergänzend für die Beamtinnen und Beamten einen Einstieg in den Abbau der bestehenden Unteralimentierung von über 8 % geben, die u.a. durch die Streichung des sog. Weihnachts- und Urlaubsgeldes entstanden ist", forderte Schäfer vor den Kundgebungsteilnehmern auf dem Bremer Marktplatz. "Wer einen starken und funktionierenden öffentlichen Dienst haben möchte, muss auch für die faire Bezahlung derjenigen sorgen, die zu Recht sagen: "Wir machen das. Wer sonst?"



Teilnehmer der Kundgebung waren Tarifbeschäftigte wie auch Beamtinnen und Beamte gleichermaßen. Für die Beamtinnen und Beamten sollen die ausgehandelten Ergebnisse zeitgleich und in gleicher Höhe auf die Besoldung und Versorgung übertragen werden.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der DSTG aus den Finanzämtern in Niedersachsen hatten ebenfalls den Weg nach Bremen gefunden, um dort für die Einkommensforderung einzutreten und zu zeigen:

"Wir sind nicht die Sparschweine der Nation"!

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2011 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

von Mitte Februar bis Mitte März fanden lange und schwierige Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder statt. Dank des Einsatzes der Vertreterinnen und Vertreter der dbb tarifunion endeten sie mit einem erfreulichen Ergebnis.

Besonders begrüße ich die beiden Sozialkomponenten, die Einmalzahlung in diesem und die Vereinbarung eines Sockelbetrages für das nächste Jahr. Dadurch erhalten die Angehörigen der unteren Besoldungsgruppen prozentual eine deutlich höhere Gehaltssteigerung als die der höheren Besoldungsgruppen.

Ich danke allen, die zu diesem Tarifvertrag beigetragen haben. Wir waren durch unseren Tarifvertreter Reiner Küchler vor Ort vertreten. Wir waren sehr gut vertreten. Bei diesen Verhandlungen kommt es nicht nur auf die Matadore an, die die Ergebnisse vor der Kamera verkünden dürfen. sondern mindestens ebenso auf die im Hintergrund arbeitenden Vertreter der Fachgewerkschaften. Lieber Reiner, Du hast wieder einmal erfolgreich mitgewirkt. Wir und die Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltung wissen Deinen Einsatz nicht nur in unserer Gewerkschaft, sondern auch in den Stufenvertretungen unserer Verwaltung zu schätzen.

Mein herzlicher Dank gilt in gleichem Maße unseren Beamtinnen und Beamten, die Seite an Seite mit den Tarifbeschäftigten für diesen Tarifvertrag gekämpft haben. Der Schulterschluss zwischen den Statusgruppen war die Basis unseres Erfolges. Wir hatten im Vorfeld der Verhandlungen immer wieder nachdrücklich einen gemeinsamen Kampf, die Geschlossenheit aller Beschäftigten gefordert. Wir freuen uns, dass unser Aufruf zur Gemeinsamkeit auf so große Zustimmung und Unterstützung gestoßen ist. Dies ist das Modell der Zukunft, denn nur gemeinsam sind wir stark und erfolgreich!

Nach dem Abschluss des Tarifvertrages erwarten wir dessen zeitund inhaltsgleiche Umsetzung in
das Besoldungs- und Versorgungsrecht. Die Abgeordneten des
Landtages erinnern wir an ihre
Aussagen, das Tarifergebnis solle
1:1 auf die Beamtinnen und
Beamten übertragen werden. Wir
wollen nicht erneut wie vor zwei
Jahren schlechter gestellt werden.

Noch haben lediglich die Tarifbeschäftigten anerkannte Rechte im Arbeitskampf. Aber die Zeiten, in denen Beamtinnen und Beamte Regelungen ihres Dienstverhältnisses ausschließlich auf dem



Rechtsweg anfechten konnten, gehen ihrem Ende entgegen. Erste Entscheidungen deutscher Verwaltungsgerichte sind ermutigend.

Wir lassen die Unterschiede zwischen Beamtenstatus und Tarifbeschäftigten nicht außer Betracht. Wir wissen auch, die wichtigen Teile der Verwaltung müssen zu jeder Zeit funktionieren. Doch dieses Funktionieren wird künftig nur garantiert sein, wenn die

Beteiligung bei Veränderungen des Dienst- und Besoldungsrechtes nicht auf Anhörungen im Gesetzgebungsverfahren beschränkt wird. Hier müssen Mitwirkungsrechte für die Beamtengewerkschaften geschaffen werden. Verhandlungen auf Augenhöhe, ein partnerschaftliches Miteinander sind die Modelle der Zukunft.

Die Länder haben die Möglichkeit, Arzneimittelrabatte über die Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten (Zesar) geltend zu machen. Ein Teil der Krankenversicherungen, denen dieses Recht auch zusteht, gibt diese Rabatte auf vielfältige Weise an ihre Versicherten weiter.

Wir fragen unseren Dienstherrn: Auf welche Weise kommen diese Rabatte unseren Kolleginnen und Kollegen zugute? Die einfachste Lösung wäre eine Ausschüttung an die Betroffenen. Diese Lösung wäre auch sozial gerecht, denn die erkrankten Kolleginnen und Kollegen würden auf diesem Wege entlastet.

Das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten zu ihrem Dienstherrn ist seit der Streichung der Sonderzuwendung zumindest stark erschüttert, bei vielen zerstört.

Bei den Besuchen der Ortsverbände meiner Gewerkschaft wird dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Streichung der Sonderzuwendung hat tiefe Wunden geschlagen, deren Narben nicht verheilt sind. Wir fordern mit der geplanten Schaffung eines niedersächsischen Besoldungsrechtes eine Wiedergutmachung!

Ich wünsche Ihnen sonnige und erholsame Osterfeiertage

lhr



Aus dem Tarifbereich

Geschafft! - Das Tarifergebnis 2011

"Knapp 100.000 Demonstranten, zahllose bundesweite Aktionen und drei Verhandlungsrunden waren notwendig, um einen Kompromiss zu erzielen, der fair, bezahlbar und tragfähig ist", fasste dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr den Potsdamer Kompromiss vom 10. März 2011 zusammen.

Ein Dankeschön an alle diejenigen, die sich an der Demonstration in Bremen beteiligt haben und somit direkt zum Tarifabschluss mit beigetragen haben.

Das Ergebnis im Detail

lineare Erhöhungen

2011: 360 Euro Einmalzahlung und ab dem 1. April 1,5 Prozent lineare Erhöhung

2012: Ab dem 1. Januar 1,9 Prozent lineare Erhöhung und darauf eine zusätzliche soziale Komponente von monatlich 17 Euro

Für Azubis gelten die gleichen linearen Erhöhungen in 2011 und 2012, die Einmalzahlung beträgt 120 Euro und ab 2012 eine Sockelerhöhung von sechs Euro

Das bedeutet in der Summe für 2011 eine Erhöhung von 2,3 Prozent und für 2012 von 2,6 Prozent. Rechnet man den materiellen Wert für die Umsetzung der Entgeltordnung 2012 hinzu, kommt man auf ein Volumen von 2,8 Prozent.

Die Laufzeit beträgt 24 Monate, bis zum 31. Dezember 2012

Entgeltordnung

Die neue Entgeltordnung tritt zum 1. Januar 2012 in Kraft. Kern der Einigung ist der Erhalt der bis zu sechsjährigen BAT-Aufstiege für seit Inkrafttreten des TV-L neueingesstellte und umgruppierte Beschäftigte mit Tätigkeitsmerkmalen bis BAT Vc mit Aufstieg nach BAT Vb. Hier folgt mit Inkrafttreten eine sofortige Zuordnung in die jeweils höhere Entgeltgruppe.

Dieses ist für den Tarifbereich ein großer Erfolg, der auch durch den Einsatz der DSTG innerhalb der dbb tarifunion erreicht werden konnte.

Die Bewährungsaufstiege im neuen TV-L waren bekanntlich nicht mehr anzuwenden und mithin zwischenzeitlich "verloren gegangen".

Neben anderen Auswirkungen führt dieses Ergebnis nun auch dazu, dass alle in den "einheitlichen Erhebungsstellen der Finanzämter (ERST)" eingesetzten Tarifbeschäftigten auf Arbeitsplätzen mit der Eingruppierung BAT Vc/Vb ab Januar 2012 die gleiche Bezahlung nach EG 9 erhalten, unabhängig davon, ob mit der Einführung der ERST im alten BAT - also vor dem 01.11.2006 - oder im neuen TV-L begonnen wurde.

Jetzt sind die Beamten dran!

Direkt nach dem Ende der Tarifrunde in Potsdam stellte Stöhr für den dbb klar, dass die Einkommensrunde erst abgeschlossen und ein guter Kompromiss erreicht sei, wenn nun schnell die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf den Beamtenbereich erfolge. "Hier", so Stöhr vor der Presse, "darf es nun kein Rumgeeiere geben".

In Niedersachsen sind die Weichen gestellt. Der entsprechende Gesetzentwurf zur Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich ist auf den parlamentarischen Weg gebracht.

In Kürze ist mit der Umsetzung zu rechnen.

Reiner Küchler Geschäftsführender Vorstand Tarifbereich

Aus dem Tarifbereich

Nicht nur wir beurteilen unseren Kollegen **Reiner Küchler** positiv- Lesen Sie unten einen Artikel aus dem Magazin "**Tacheless**" (Nr. 1/2 aus 2011) der dbb tarifunion:

Einkommensrunde 2011

Reiner Küchler, Verwaltungsangestellter, Finanzamt Cuxhaven

"Wichtig ist, dass wir zusammenhalten"

Am 4. Februar 2011 fand die erste Verhandlungsrunde zwischen der dbb tarifunion und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder in Berlin statt. Mittelbar und unmittelbar sind rund zwei Millionen Beschäftigte von den Verhandlungen erfasst. Einer von ihnen ist Reiner Küchler (49) aus Nordholz, der als Verwaltungsangestellter im Finanzamt Cuxhaven arbeitet. Stellvertretend für seine Kollegen in der Steuerverwaltung gibt er uns einen Einblick in seinen beruflichen Alltag. Für ihn stand früh fest, dass er im Öffentlichen Dienst arbeiten möchte. Direkt im Anschluss an seine kaufmännische Ausbildung bei der "Nordsee-Reederei Hochseefischerei" und den Wehrdienst hat Reiner Küchler daher 1982 als Angestellter bei der Oberfinanzdirektion Niedersachsen mit Dienstsitz Finanzamt Cuxhaven angefangen. "Die Stelle wurde seinerzeit frei, weil eine Kollegin die Ausbildung zur Beamtin aufgenommen hatte", erklärt Reiner Küchler. "Zunächst war ich Mitarbeiter in der Prämienstelle und wurde danach in der Arbeitnehmer-Zentralstelle eingesetzt. Seit 2003 war ich dann als Abwurfbearbeiter im Arbeitnehmerbereich. also für Themen wie zum Beispiel erhöhte Werbungskosten, doppelte Haushaltsführung oder Eigenheimzulage zuständig." In der Vergangenheit gehörten alle nicht-selbstständigen Arbeitnehmer zu dem täglichen Publikum von Reiner Küchler. Vom Aushilfsarbeiter über kaufmännische Angestellte bis zum Beamten war jede Berufsgruppe auf die eine oder andere Weise vertreten. Mit Entgeltgruppe 9 Stufe 4 sind für Reiner Küchler keine großen Gehaltssteigerungen mehr zu erwarten. Ein weiterer Aufstieg kommt für ihn kaum noch in Frage. "Auch wenn mir meine Arbeit als Finanzangestellter immer Freude bereitet hat, ein bisschen frustrierend sind die fehlenden Aufstiegschancen schon", gibt er zu.

Gewerkschaftstätigkeit

In der Oberfinanzdirektion Niedersachsen arbeiten 12.800 Beschäftigte, von denen rund 2.400 Tarifbeschäftigte sind. Vor Ort im Finanzamt Cuxhaven sind 145 Mitarbeiter tätig, von denen 29 direkt unter den TV-L fallen und die übrigen mittelbar als Beamte vom Ergebnis der Einkommensrunde 2011 erfasst werden. "Heute engagiere ich mich stark in meiner Fachgewerkschaft, der Deutschen Steuergewerkschaft", berichtet Reiner Küchler. "Neben meiner Arbeit im Personalrat ist dies die beste Möglichkeit, mich für die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Denn ohne persönlichen Einsatz werden Missstände nicht beseitigt."

Steuerverwaltung rentiert sich

Sorge bereitet Reiner Küchler das hohe Durchschnittsalter in der niedersächsischen Steuerverwaltung. In der Vergangenheit wurde bei weitem nicht jeder frei gewordene Arbeitsplatz sofort wieder mit einem neu eingestellten Beschäftigten besetzt. Seit 2003 galt in Niedersachsen sogar ein absoluter Einstellungsstopp. In den letzten sechs Jahren wurde so die Zahl der Vollzeitstellen von 10.800 auf unter 10.200 reduziert. Auszubildende gibt es im Angestelltenbereich der Steuerverwaltung Niedersachsen gar keine. Lediglich wenige Quereinsteiger werden noch im Tarifbereich eingestellt. Auch die Zahl der Nachwuchskräfte im Beamtenbereich bleibt weit hinter den Zahlen der altersbedingten Abgänge zurück. "Nach der - nach bundesweiten Mustern - erstellten Personalbedarfsberechnung (PersBB) gibt



es allein in der Niedersächsischen Steuerverwaltung derzeit eine Unterbesetzung von mehr als zwölf Prozent - das entspricht mehr als 1.300 Vollzeitstellen", wie Reiner Küchler weiß. Immer weniger Beschäftigte müssen immer komplexere Aufgaben lösen. "Die Folge ist", erklärt Reiner Küchler, "dass dem Staat so jedes Jahr bares Geld entgeht. Denn ohne Personal haben Steuerhinterzieher leichtes Spiel." Reiner Küchler spricht eine für jedermann offensichtliche Wahrheit aus: Investitionen in den Öffentlichen Dienst rentieren sich. Mehr Beschäftigte bei der Steuerverwaltung gehen mit steigenden Einnahmen einher. Vielen besser qualifizierten Bewerbern ist allerdings die Bezahlung zu gering, um überhaupt bei der Steuerverwaltung anzufangen. Erläuternd erklärt er: "Mehr als zwei Drittel aller Tarifbeschäftigten in der Steuerverwaltung werden nach EG 2 bis EG 6 vergütet. Hinzu kommt, dass heutzutage keine fairen Aufstiegschancen mehr bestehen. Für Tätigkeiten zum Beispiel der Vergütungsgruppe BAT Vc / Vb ist tarifrechtlich derzeit die EG 8 festgelegt. Weitere Aufstiege sind nicht vorgesehen. Hier muss unbedingt nachverhandelt werden." Setzen die Länder diesen Sparkurs fort, ist ein langsames personelles Ausbluten der Steuerverwaltung unausweichlich. Wenn die Bezahlung nicht stimmt, wird auch das Argument des sicheren Arbeitsplatzes in Zukunft nicht mehr genügen, um den personellen Engpass der letzten Jahre zu überwinden.

Gemeinsam stark

Engagement bei der Einkommensrunde 2011 wird bei Reiner Küchler großgeschrieben: "Auch wenn die Steuerverwaltung mehr von Beamten als von Tarifbeschäftigten geprägt ist, werden wir Aktionen mit unseren beamteten Kolleginnen und Kollegen durchführen. Wichtig ist, dass wir zusammenhalten. Die Arbeitgeber sollen nicht auf die Idee kommen, uns gegeneinander auszuspielen", antwortet er auf die Frage, was er für die Einkommensrunde 2011 plant. Genauer werden könne er mit Blick auf die Arbeitgeber nicht, fügt er noch am Ende mit einem Schmunzeln hinzu.

tacheles · Nummer 1/2 · Januar/Februar 2011

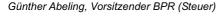
Bezirkstagungen 2011

Am 09. und 23. März 2011 fanden die beiden ersten Bezirkstagungen des Bezirkspersonalrates (Steuer) in Edewecht-Friedrichsfehn und Bad Salzdetfurth statt. Die dritte Bezirkstagung wird am 06. April 2011 in Amelinghausen durchgeführt werden.

Bisher haben 126 Mitglieder aus den örtlichen Personalvertretungen, darunter 27 Jugend- und Auszubildendenvertretungen teilgenommen. Zu beiden Bezirkstagungen konnte der BPR auch Mitglieder des Hauptpersonalrates (Steuer) beim Niedersächsischen Finanzministerium begrüßen.

Nach guter alter Sitte wurden die Tagungen jeweils mit einem Bericht aus der Arbeit des Hauptpersonalrates (HPR) beim Niedersächsischen Finanzministerium gestartet. In Edewecht-Friedrichsfehn oblag diese Aufgabe dem Kollegen Hartmut Bakker, in Bad Salzdetfurth trat der Kollege Markus Plachta ans Mikrofon. Beide äußerten sich zu dem anstehenden Beamtenversorgungsgesetz, zur Beihilfeverordnung und zum Datenschutz.







Finanzpräsident Christoph Arntz

Der Entwurf zum Beamtenversorgungsgesetz ist inzwischen in das parlamentarische Verfahren eingebracht worden; eine erste Anhörung im Landtag hat am 10. März stattgefunden. Ein abschließendes Ergebnis ist bisher nicht erzielt worden.

Nach dem Entwurf ist ein Eintritt in den Ruhestand im Alter von 60 - 70 möglich, allerdings ggf. mit Abschlägen (3,6 %/Jahr, keine Höchstgrenze). Bei vollendeten 45 Dienstjahren könnte It. Entwurf ein Eintritt in den Ruhestand mit 65 Jahren ohne Abschläge möglich werden. Altersteilzeit wird im Teilzeitmodell vorgeschlagen. Wie das Gesetz letztlich aussehen wird, kann z.Zt. nicht gesagt werden; die Gewerkschaften fordern Verbesserungen wie bspw. eine Deckelung der Versorgungsabschläge und die Möglichkeit der Altersteilzeit im Blockmodell.

Zur Beihilfeverordnung wird berichtet, dass die Verordnung sich an den Vorschriften der gesetzlichen Krankenkassen orientieren wird. Ein abgestimmter Entwurf liegt bisher jedoch noch nicht vor. Am 11.11.2010 hat der Deutsche Bundestag das Arzneimittelneuordnungsgesetz (ANMOG) beschlossen. Es verpflichtet die pharmazeutischen Unternehmen, die den gesetzlichen Krankenkassen gewährten Rabatte auch den Beihilfeträgern und den privaten Krankenversicherungen einzuräumen. Nach der Beihilfefestsetzung werden die Rabatte bei den pharmazeutischen Unternehmen durch eine eigens hierfür gegründete Abrechnungsstelle (ZESAR) eingefordert. Dabei werden keine personenbezogenen Daten festgehalten. Weder ZESAR noch die pharmazeutischen Unternehmen erhalten die Arzneimittelverordnungen; diese verbleiben bei der Beihilfestelle und können lediglich von dem Treuhänder für die Prüfung und die Kontrolle der Rabattansprüche eingesehen werden. In diesem Verfahren ist der Datenschutzbeauftragte beteiligt worden.

Fortsetzung von Seite 6



Zum Datenschutz gibt es z.Zt. nichts Neues zu berichten. Es wird über Möglichkeiten der Neuordnung nachgedacht. Hier sind jedoch noch Abstimmungen zwischen der Oberfinanzdirektion Niedersachsen und dem Finanzministerium notwendig.

Bevor die Verwaltung zu den von den örtlichen Personalvertretungen eingereichten Zweifelsfragen Stellung bezog. berichteten Mitglieder des Bezirkspersonalrates (Steuer) über die aktuelle Arbeit aus dem Gremium. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten von Uschi Japtok Ausführungen zu den Beurteilungsrichtlinien und Beurteilungskriterien hören und von Andreas Franke einiges zu der Umsetzung des § 36 NBG (Hinausschieben der Altersgrenze) erfahren. Zum § 36 NBG sind inzwischen auch verschiedene Urteile ergangen.

Die Arbeitnehmervertreter Alfred Schäfftlein und Reiner Küchler berichteten u.a. über die vorgesehenen Fortbildungsveranstaltungen und die Bemühungen der Dienststelle, eine Verbesserung der Personalausstattung im Bereich weitere Mitarbeiter zu erre-

ichen. Inzwischen werden in diversen Finanzämtern Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt im Bereich Botenmeisterei, Telefonzentrale o.ä. eingesetzt, bzw. nicht notwendige Aufgaben aus diesem Bereich einfach auf ein Minimum zurückgefahren oder gar nicht mehr ausgeführt.

Um 11.00 Uhr konnten die Personalräte die Vertreter der Verwaltung begrüßen.

In Edewecht-Friedrichsfehn stellten sich der Bereichsleiter Z2, Herr Buck und der Finanzpräsident St, Herr Meyer den Fragen und in Bad Salzdetfurth wurden die Fragen von Herrn Oberfinanzpräsidenten Kapitza und dem Finanzpräsidenten Z, Herrn Arntz beantwortet.

In seinem Eingangsstatement berichtete Herr Kapitza, dass die Oberfinanzdirektion momentan einen Vorstoß zur Erhöhung der Einstellungszahlen in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt unternehme. Statt der bisher vorgesehenen 60 Anwärter würde man gerne die Einstellungszahlen für das Jahr 2012 auf mehr als 100 Anwärter festgelegt sehen. Darüber hinaus berichtete Herr Meyer, dass die Oberfinanz-direktion für den Bereich Steuer verstärkt in die Testphase zur Umstellung auf KONSENS I eingebunden wird. Hier wird geschaut, ob sich die jeweiligen Verfahren in unsere bestehende IT-Umgebung unter Linux einpassen Möglicherweise wird es hierdurch zu Verzögerungen in der Dienstleistung für die Finanzämter kommen.

Viele der Fragen aus den örtlichen Dienststellen beschäftigten sich mit der anstehenden Beurteilung für die Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt.

Erstmalig wird in diesem Jahr die Beurteilung für die Besoldungsgruppen A 9 BBesO bis A 13 BBesO durchgeführt. Bisher wurden in den Vorstehergruppen gewisse Orientierungswerte für die Vergabe der Rangstufen insgesamt genannt. Ziel ist es, das Verfahren transparenter zu machen und zu erreichen, dass in allen Finanzämtern gleiche Maßstäbe angewandt werden.

Ein Personalrat hatte die Frage

Fortsetzung von Seite 7

nach dem richtigen Zeitpunkt des Tendenzgespräches gestellt.

In beiden Veranstaltungen wurde die Auffassung vertreten, dass dieses Gespräch erst nach der ersten Besprechung der Sachgebietsleiter im Finanzamt stattfinden könne. Allerdings müsste das Gespräch so terminiert werden, dass tatsächlich noch Änderungen in dem Beurteilungsvorschlag möglich seien.

Die Personalräte beklagten

übereinstimmend, dass sich die Beförderungssituation einer Anzahl von Kolleginnen und Kollegen im jeweiligen Eingangsamt aufgrund der durch die Rechtssprechung modifizierten neuen Beförderungsrichtlinien erheblich verschlechtert hätte. Diese Beschäftigten leisten gute Arbeit in der Praxis und werden durch Laufbahnabsolventen mit besseren Laufbahnergebnissen überholt. Eine von der DSTG geforderte Regelbeförderung ins erste Beförderungsamt erscheint in weiter Ferne, so dass hier die Vorsteherinnen und Vorsteher insbesondere gefordert sind, die erbrachten Leistungen genau zu betrachten und zu bewerten.

Die weiteren Fragen befassten sich u.a. mit Telearbeit, Laptops ans Netz, ErNie, Personalbedarf für das Verfahren ELSTAM, der zunehmenden Anzahl der psychischen Erkrankungen von Kolleginnen und Kollegen.

Die Themen Telearbeit und Anbindung der Laptops ans Netz finden sich seit längerer Zeit immer wieder auf der Fragenliste der örtlichen



Personalvertretungen. Hieraus lässt sich durchaus das Interesse der Beschäftigten für eine Tätigkeit am häuslichen Arbeitsplatz ableiten. Gerade während der Elternzeit äußern die Frauen immer wieder den Wunsch, ihre Arbeit von zu Hause leisten zu können. So bleiben ihnen die Technik und das Steuerrecht präsent.

Wie auch zu den Bezirkstagungen im letzten Jahr wurde auch diesmal das Thema psychische Erkrankungen hinterfragt.

Insbesondere wollten die Personalräte wissen, ob das Thema präsent sei und wie Kolleginnen und Kollegen im Erkrankungsfalle, aber auch präventiv tätig sein könnten. Der Verwaltung ist sehr wohl bewusst, dass psychische Erkrankungen immer weiter zunehmen. Die Frage ist nur, wie die Verwaltung hier agieren kann.

Bei ständig schwindendem Personal wird der Arbeitsdruck nicht geringer werden. Die Frage ist dann, wie Kolleginnen und Kollegen mit dem ständig wachsenden Arbeitsdruck umgehen. Diese Frage wird auf die direkten Vorgesetzten, die Sachgebietsleiter zukommen. Die veränderte Ausbildung der SGL wird auch diese Fragen aufgreifen.

In diesem Zusammenhang wies Herr Arntz auf den medizinischen Dienst hin, der ihm in seiner Zeit als Vorsteher des Finanzamtes Hannover-Land I in vielen Dingen behilflich war. Die Einstellung einer Psychologin speziell für die Finanzverwaltung ist momentan kein konkreter Gedanke. Herr Arntz bleibt jedoch dazu im Gespräch mit den Vertretern des Bezirkspersonalrates (Steuer).

Zu erfahren war noch, dass an der Umsetzung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes z.Zt. beim Innenministerium noch gearbeitet wird.

Sobald noch offene Fragen abgearbeitet sind, wird von dort aus die Umsetzung über einen Runderlass geregelt werden.

Fortsetzung von Seite 8

Am Nachmittag konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der jeweiligen Veranstaltung den Projektleiter für das Projekt KONSENS I begrüßen. Herr Küster gab einen Überblick über das Fortschreiten des Projektes.

Ab Oktober 2011 werden die Schulungen durchgeführt. Eine Urlaubssperre wegen der Schulungen wird nicht verhängt. Die Umstellung ist weiterhin für den 09.01.2012 vorgesehen.

Bevor die Veranstaltung durch den Vorsitzenden, Günther Abeling geschlossen wurde, berichtet die Jugend- und Auszubildendenvertretung Annika Sklenak vom Finanzamt Hildesheim über die Tätigkeit im letzten Jahr.



Oberfinanzpräsident Kapitza

Auch unser Bezirksvertrauensmann der schwerbehinderten Menschen Axel Kreklow gab einen Überblick über das Jahr 2010 und die dort aufgetretenen Belange der schwerbehinderten Menschen.

Zu erwähnen ist noch, dass beide Veranstaltungen in hervorragender Weise organisiert worden waren. Der Dank hierfür gebührt dem "guten Geist" des Bezirkspersonalrates (Steuer), der Kollegin Anja Merten.

Uschi Japtok, Mitglied im BPR (Steuer)

--- **WERBUNG** ---



Aus dem Landesvorstand

Landesvorstandssitzung am 03. und 04. März 2011 in Altensalzkoth

Am 03. und 04. März fand die Landesvorstandssitzung der DSTG Niedersachsen statt. Der Beginn musste wegen der Demonstration in Bremen allerdings in die Abendstunden verschoben werden, so dass die Arbeit des Vorstandes - es galt schließlich eine doch recht umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen - an diesem Tag erst gegen 21.30 Uhr beendet werden konnte.

Am Freitag setzten die Mitglieder ihre Sitzung fort. Eines der zentralen Themen waren die anstehenden Personalratswahlen im Jahre 2012.

Für die Aufstellung der Listen zu den Wahlen der Stufenvertretungen, aber auch zum Landesvorstand gilt es besondere Regelungen und Fristen zu beachten. Am Freitag wurden so auch die Mitglieder bestimmt, die in der Wahlvorbereitungskommmission für den Landesvorstand tätig werden sollen. Weiterhin wurde der Ort für die Durchführung des Landesverbandstages 2012 beschlossen.

Nachdem die Idee, den Landesverbandstag in den Räumlichkeiten der Steuerakademie durchzuführen, verworfen werden musste, wird die Planung sich nunmehr mit den bereits aus 2008 bekannten Räumlichkeiten in Verden beschäftigen.

Die Mitglieder des Landesvorstandes nahmen die Berichte der beim NBB installierten Kommission für Besoldung und Versorgung, aber auch die Berichte der Frauen, Jugend und des Tarifbereiches entgegen. Die DSTG-Jugend wird in der Zeit vom 20. - 21. März 2012 ihren Landesjugendtag in der



Steuerakademie durchführen.

Für alle anstehenden Wahlen gilt es, Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen bzw. zu finden, die bereit sind, sich der Aufgabe und der Verantwortung für die nächsten vier Jahre zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte der Vorsitzende der Beitragskommission, Hartmut Reimers, eine mögliche Neuordnung der Beiträge vor. Nach ausgiebiger Diskussion über das vorgetragene Konzept wurde schließlich ein Konsens gefunden; dieser wird der Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz im Juni diesen Jahres vorgestellt werden.

Desweiteren beschäftigten sich die Mitglieder des Landesvorstandes - neben vielen anderen Themen - mit der Öffentlichkeitsarbeit. Immer wieder wird aus Schreiben von DSTG-Mitgliedern, sowie anlässlich von Ortsverbandsversammlungen deutlich, dass die Unterscheidung zwischen der Arbeit und den Möglichkeiten einer Personalvertretung

und einer Gewerkschaft nicht präsent ist.

Vielfach erfolgt die Gleichsetzung, auch weil die Mitglieder der Stufenvertretungen über die Liste einer Gewerkschaft in ihre Funktion gewählt sind. Tatsächlich ist die Arbeit aber eine wesentlich andere.

Während die Personalvertretung sich an Gesetze und Vorschriften, wie bspw. auch das Personalvertretungsgesetz zu halten hat, kann eine Gewerkschaft auf der politischen Ebene auch dann noch tätig werden, wenn der Personalvertretung bereits die Hände gebunden sind. So sind Stellenhebungen in den letzten Jahren immer erst durch Gespräche der Deutschen Steuer-Gewerkschaft mit den Vertretern der politischen Parteien im Niedersächsischen Landtag möglich geworden.

Auch die Personalsituation ist eines der Themen, die Personalvertretung und Gewerkschaften gleichermaßen beschäftigt. Während die Perso-

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 10

nalvertretung gegenüber der Verwaltung das zunehmende Arbeitsaufkommen und die prekäre Personalausstattung immer wieder thematisiert, aber im politischen Raum nicht tätig werden kann, führen die Vertreter der DSTG fortlaufend Gespräche mit Politikern. "Wer Einnahmen sichern will, muss für ausreichend Personal sorgen. Dabei ist das vorhandene Personal entsprechend seiner Tätigkeit finanziell auszustatten", so die Forderung der DSTG-ler.

Viele Themen sind für die Landesverwaltungen allgemein gültig, wie z.B. die Beurteilungsrichtlinien. Hier ist an vorderster Front die Dachorganisation in Niedersachsen, der Niedersächsische Beamtenbund (NBB) gefordert. Unsere Beförderungsrichtlinien und Richtlinien zur Besetzung höherwertiger Dienstposten sind allein für die Steuerverwaltung anzuwenden. Als DSTG-ler hatten wir viele Wünsche an dieses Regelwerk. Leider gibt es inzwischen eine umfassende verwaltungs- und oberverwaltungsgerichtliche Rechtssprechung, an der auch die DSTG nicht vorbei kommt. Insofern sind hier die Möglichkeiten einer Gewerkschaft begrenzt.

Für alle Landesvorstandsmitglieder stellte sich die Frage, wie diese Aufgaben transparent an die Beschäftigten herangetragen werden könnten. Natürlich dienen die Ortsverbandsversammlungen im jeweiligen Finanzamt dazu, Informationen zu geben und auf Fragen, Anregungen und Kritik zu reagieren. Deshalb unser Aufruf: Gehen Sie zu ihrer Ortsverbandsversammlung! Die Mitglieder des Landesvorstandes diskutieren gerne mit ihnen und nehmen die jeweilige Situation auf. Nur gemeinsam lässt sich auch etwas verändern!

Der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer schloss die Sitzung des Landesvorstandes um 16.30 Uhr und wünschte allen eine sichere Heimfahrt.



Die Mitglieder des DSTG Landesvorstandes

Aus der Schwerbehindertenvertretung

Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung (Steuer)

Am 10. März 2011 fand in den Räumen des Forums des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes in Hannover eine Versammlung der Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Finanzministeriums statt. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war natürlich die Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung.

Der Kollege Thorsten Eichenauer begrüßte zunächst als Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen alle anwesenden Vertrauenspersonen und Gäste recht herzlich. Leider mussten einige Kolleginnen und Kollegen kurzfristig absagen, weil durch den Streik der Lokführer die entsprechenden Züge nicht nach Hannover fuhren. Als Gäste konnten der Oberfinanzpräsident Herr Kapitza, der Leiter der Steuerakademie Herr Binczek, die BPR-Mitglieder Abeling, Balster und Franke sowie das HPR-Mitglied Seemann vorgestellt werden.

Der Oberfinanzpräsident Herr Kapitza nahm in seinen Grußworten Stellung zu den aktuellen Themen in der Finanzverwaltung. Mit der geplanten Restrukturierung dieser Finanzverwaltung war insbesondere die OFD Niedersachsen intensiv beschäftigt. Diese Mittelbehörde aber als wichtige Organisationseinheit zu erhalten und auszubauen, war von entscheidender Bedeutung. Das Konzept, einen übergreifenden steuerlichen Fachbereich in Oldenburg und den Bereich für Organisation, Personal sowie Haushalt in Hannover zu installieren, hat sich als richtig und effizient erwiesen. Die außergewöhnlich hohe Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft dieser Verwaltung spiegelt sich auch darin wieder.

Herr Kapitza wies auf die ca. 8 Millionen schwerbehinderten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und auf die besondere Verantwortung der Arbeitgeber hin. Die gesetzlich festgelegte Quote von 5% an schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen innerhalb einer Verwaltung wurde mit einem Anteil von 6,68% und folglich mit mehr als 1.000 Schwerbehinderten in der niedersächsischen Finanzverwaltung deutlich übertroffen.

In dem Bericht des Kollegen Thorsten Eichenauer wurde als erstes auf die zurückliegende längere Krankheit der stellvertretenden Hauptvertrauensperson Axel Kreklow und auf die Tatsache hingewiesen, dass alle anderen Vertreter in der Hauptschwerbehindertenvertretung, nämlich die Kollegin Ute Wehking und der Kollege Raimund Wojtowicz, nahtlos diesen Ausfall vorbildlich kompensiert haben. Die Hauptschwerbehindertenvertretung präsentierten sich als ein eingespieltes Team, dass schon seit 12 Jahren erfolgreich und hervorragend zusammenarbeitet.

Eine wichtige Informationsquelle für alle Beteiligten sind weiterhin die jährlich stattfindenden Fortbildungsveranstaltungen durch die Bezirksschwerbehindertenvertretung in Bad Eilsen. Hier wurde eine großartige Plattform zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch geschaffen. Der Kollege Axel Kreklow verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass in Kürze die Einladungen für die diesjährigen Fortbildungsveranstaltungen abgesandt werden. Der OFD Niedersachsen wurde für die Unterstützung dieser Veranstaltungen, aber auch für die Unterstützung in den Einzelfällen schwerbehinderter Menschen gedankt.

Für den Hauptpersonalrat gab der Kollege Guido Seemann einen Überblick über die aktuelle Arbeit im Hause des Finanzministeriums. Der Datenschutz ist ein zentrales Thema und soll über eine Rahmenvereinbarung neu geregelt werden. Angedacht ist, dass nicht mehr für alle Datenschutzangelegenheiten die Geschäftsstellenleiter zuständig sind. Das Ministerium wurde nunmehr aufgefordert eine entsprechende Regelung zur Mitbestimmung dem HPR vorzulegen.

Das Projekt Konsens I läuft auf vollen Touren. Die ersten Schulungen für die Multiplikatoren wurden terminiert und man hofft, bis zur Umstellung am 9.1.2012 alles Notwendige erledigt zu haben. Das neue Beihilferecht ist in der Anhörung. Außerdem wird sich mit der gesetzlichen Regelung von Rabatten bezüglich der Beihilfestellen und Krankenkassen beschäftigt. Dazu wurde eine Zentralstelle die "Zesar-GmbH" gegründet.

Ferner wurde auf die Beurteilungskriterien und die Beurteilungen zum 1.1,2011 für die Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt hingewiesen. Mittelfristig wird von der OFD Niedersachsen eine Quote von ca. 40% aller Beurteilungen für das Gesamturteil/Gesamtnote A und B angepeilt. Maßgeblich ist weiterhin in der

Aus der Schwerbehindertenvertretung

Beurteilung vorrangig der Arbeitserfolg, aber auch die Fachkenntnisse sind zu berücksichtigen. Die Prüfungsergebnisse sind zweifelsfrei ein Leistungsmerkmal, aber die Leistungen in der Praxis sollen dabei immer mehr an Priorität gewinnen. Eignungen sollen zudem - soweit möglich - umfassender erteilt werden.

Für die anstehenden Wahlen wurde der Kollege Guido Seemann als Wahlleiter einstimmig gewählt. Der Vorschlag für die Wahl der Hauptvertrauensperson war Wiederwahl des Kollegen Thorsten Eichenauer. Die insgesamt 42 anwesenden Wahlberechtigten gaben <u>alle</u> für den Kandidaten ihre Stimme ab. Damit wurde der Kollege Thorsten Eichenauer mit absoluter Mehrheit (100%) in seinem Amt bestätigt. Als Stellvertreter standen wie vor 4 Jahren ebenfalls die gleichen Personen zur Wiederwahl. Das Wahlergebnis sah wie folgt aus: 1. Stellvertreter Axel Kreklow (41 Stimmen), 2. Stellvertreterin Ute Wehking (38 Stimmen) und 3. Stellvertreter Raimund Wojtowicz (35 Stimmen). Ein herzlicher Glückwunsch geht an alle gewählten Hauptvertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen.

Zum Abschluss der Veranstaltung gab der Kollege Thorsten Eichenauer einen kleinen Ausblick. Ein neues Landesversorgungsgesetz soll am 1.1.2012 in Kraft treten. Ein geplanter Höchstabschlag der Versorgungsbezüge von 18% bei vorzeitiger Pensionierung ist für die schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen nicht hinnehmbar. Daher bleibt nach den politischen Gesprächen abzuwarten, ob evtl. doch eine Deckelung der Abschläge vorgenommen wird.

Ansonsten wird die wiedergewählte Hauptschwerbehindertenvertretung ihre sachbezogene und konstruktive Arbeit sowie die enge Zusammenarbeit mit allen Schwerbehindertenvertretungen in der Finanzverwaltung weiter fortsetzen.

Andreas Franke, Mitglied im BPR (Steuer)

Aus dem Landesvorstand

Treffen der DSTG Bundesarbeitsgruppe zur Personalbedarfsberechnung

Alle drei Jahre - jeweils am Hauptfeststellungszeitpunkt einer Personalbedarfsberechnung - erhalten die Vertreter/innen der Gewerkschaften DSTG und ver.di die Gelegenheit, in einer Anhörung gegenüber der AG Personalbemessung der Verwaltung Stellung zu nehmen.

Die Anhörung für die Personalbedarfsberechnung zum 01.01.2012 findet am 17. Mai 2011 in Schwerin statt.

Zur Vorbereitung trafen sich die Mitglieder des DSTG-Arbeitskreises "PersBB und NSM" am 17.03.2011 in der Bundesgeschäftsstelle der DSTG. Der



Vorsitzende des Arbeitskreises Hans-Jürgen Schnieber (Nordrhein-Westfalen) und die anwesenden Mitglieder Stefan Bayer (Rheinland-Pfalz), Uschi Japtok (Niedersachsen) und Gerd Fleischhacker (Hessen) diskutierten die geplanten Ansätze sowie die Vordruckmuster.

Im Rahmen der Anhörung wird die DSTG ihre Anmerkungen/Einwendungen auf wesentliche Punkte konzentrieren. Fragen, die bei der Durcharbeitung der Vordruckmuster entstanden sind, werden der AG Personalbemessung im Rahmen der Anhörung ebenfalls vorgelegt werden.

-- WERBUNG ---







IFA RÜGEN ***+ HOTEL & FERIENPARK

BINZ · OSTSEEINSEL RÜGEN

ERHOLUNG PUR - URLAUB IN BINZ

Tagespreise pro Person		09.04 29.04.11	30.04 27.05.11 24.09 28.10.11	28.05 01.07.11 20.08 23.09.11	02.07 19.08.11
Doppelzimmer Komfort	ÜF	43,-	47,-	54,-	64,-
Doppelzimmer Komfort als Einzel	ÜF	58,-	64,-	77,-	92,-
Zuschlag für Halbpension		17,-	17,-	17,-	17,-

Preisbeispiel für IFA-Bonuspartner:

20.08. bis 30.08.2011, 10 Übern. im DZ Komfort inkl. Frühstücksbuffet

und 1x tägl. 2 Stunden Eintritt ins Erlebnisbad € 540,00 p. Pers. Abzgl. 10% Ermäßigung für IFA-Bonuspartner

Ihr Preis inkl. Reiserücktrittsversicherung: € 486,00 p. Pers.

SIE SPAREN BEI BUCHUNG **VON 2 PERSONEN**



BURG AUF FEHMARN

EINFACH MEHR VOM MEER

Tagespreise pro Person		17.0429.04.11 01.1004.11.11	30.0401.07.11 27.0830.09.11	02.0726.08.11
Doppelzimmer Komfort	ÜF	51,-	59,-	67,-
Zuschlag DZ Komfort als EZ	ÜF	24,-	35,-	45,-
Zuschlag für Halbpension		15,-	15,-	15,-

Preisbeispiel für IFA-Bonuspartner:

17.06. bis 26.06.2011, 9 Übern. im DZ Komfort inkl. Frühstücksbuffet €531,00 p. Pers.

SIE SPAREN BEI BUCHUNG
VON 2 PERSONEN Abzgl. 10% Ermäßigung für IFA-Bonuspartner -€ 53,10

Ihr Preis inkl. Reiserücktrittsversicherung: € 477,90 p. Pers.

IFA Reisevermittlungs GmbH Tel.: 0800 321 0 321 (gebührenfrei) Mo.-Do. 8-19 Uhr · Fr. 8-17 Uhr

ifahotels.com

Weitere Zimmerkategorien und Kinderermäßigungen auf Anfrage. Preise zzgl. Kurtaxe und Parkplatzgebühr (vor Ort).

> **Buchungs-Hotline** 0800321

> > (Mo.-Do. 8-19 Uhr · Fr. 8-17 Uhr · gebührenfrei)

* IFA-Bonuspartner sowie Mitreisende erhalten eine Ermäßigung von 10% in allen IFA & LOPESAN Hotels, sowohl für individuelle Aufenthalte als auch für Pauschalen (ausgenommen Pauschalen inkl. Flug). Fordern Sie einfach unseren Katalog ant Beratung und Buchung nur über die kostenlose Hotline unter Angabe des Stichwortes "Bonuspartner" (die Ermäßigung ist firmen-/ organisationsgebunden, bitte halten Sie für eine Abfrage Ihre Daten bereit).

---RÄTSEL---

Liebe Mitglieder,

wir freuen uns, dass wir in dieser Ausgabe des Blickpunktes in Zusammenarbeit mit den IFA und Lopesan Hotels einen Gutschein über einen 4-tägigen (3 Übernachtungen) Aufenthalt im IFA Rügen Hotel + Ferienpark in Binz auf Rügen verlosen können. Freuen Sie sich auf eine Insel, die 140 Kilometer mehr Küstenlinie hat als die gesamte schleswig-holsteinische Ostsee, die 10 mal größer als Sylt ist, dafür aber nur 3 mal soviel Einwohner hat und die die sonnenreichsten Tage in Deutschland hat.

Bevor es aber in den Urlaub geht, lösen Sie bitte das beigefügte Rätsel und senden die Lösung versehen mit Ihrer Mitgliedsnummer auf einer **Postkarte** bis spätestens

30.04.2011

an die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen e.V., Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover.

Im Falle mehrerer richtiger Lösungen wird durch Los entschieden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Und nun: Viel Erfolg beim Lösen des Rätsels

Aufgabe:

Unterstreichen Sie das Wort, das nicht zu den anderen passt und begründen Sie Ihre Entscheidung

Oper --- Klammer --- Stange --- Hilfe --- Abendgarderobe --- Polizei

Die Mitglieder des DSTG-Landesvorstandes sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Aus den Ortsverbänden

DSTG unterstützt Bowlingtunier beim Finanzamt Hannover-Land I

Die Personalvertretungen des Finanzamts Hannover-Land I veranstalten jährlich ein großes Bowling-Turnier für die Beschäftigten. Seit den neunziger Jahren erfreut sich dieses Ereignis großer Beliebtheit. Auch ehemalige Land-I-er, die mittlerweile in anderen Dienststellen arbeiten. nehmen fürs Bowling-Turnier gern einen weiten Anfahrtsweg in Kauf. Beim gemeinsamen Mitfiebern, Anstrengen und Jubeln lassen sich auch neue Kollegen sehr gut integrieren. In diesem Jahr machten 77 Bedienstete beim Wettstreit um die meisten umgeworfenen Pins mit. Die drei besten Mannschaften und jeder fünfte Einzelspieler erhielten am Ende einen Sachpreis aus der Hand des Gesamtpersonalratsvorsitzenden Volker Bartmann. Zu gewinnen gab es Gläser, Spiele, Gutscheine, Weine, Bücher, Puzzle, Rucksäcke und vieles mehr. Der Dienstherr unterstützt das Bowling-Turnier mit einer Arbeitszeitgutschrift von 1 Stunde für jeden



Volker Bartmann, DSTG Ortsverbands-Vorsitzender während der Siegerehrung

Teilnehmer, und die ortsansässige DSTG steuert seit vielen Jahren einen nennenswerten finanziellen Zuschuss bei, der dem Bowling-Turnier und somit allen Beschäftigten zugute kommt. In diesem Jahr wurde erstmalig mit sogenannten Standflaggen auf das Engagement der DSTG aufmerksam gemacht. Mit doppeltem Grund, denn auch im Team, das sich jedes Jahr um die Turnierausrichtung kümmert, sind nur DSTG-Mitglieder zu finden.

Stefan Henke DStG OV Hannover-Land I



Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Ihre Vorteile:

- Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich²)
- Ànderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich 2)
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Schnelle Finanzierungszusage



FMH-Award 2009 für die Baufinanzierung
– Ausgezeichnet von der unabhängigen
Finanzberatung Max Herbst.

Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst Telefon 05 11/60 74 00 00, Fax 07 21/141-14 11 Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst